

---

# **BACHELORARBEIT**

---

Herr  
**Nicolas Schindler**

**Wie gestalte ich eine neutrale  
Berichterstattung am Beispiel  
der Bundestagswahl 2013**

2014

---

# **BACHELORARBEIT**

---

## **Wie gestalte ich eine neutrale Berichterstattung am Beispiel der Bundestagswahl 2013**

Autor:  
**Nicolas Schindler**

Studiengang:  
**Film & Fernsehen**

Seminargruppe:  
**FF10w1-B**

Erstprüfer:  
**Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Lothar Otto**

Zweitprüfer:  
**Franzisca Heintze**

Einreichung:  
Mittweida, 22.07.2014

---

# **BACHELOR THESIS**

---

## **How to do a impartial reporting by the example of the parlia- mentary elections for the Bun- destag 2013**

author:  
**Nicolas Schindler**

course of studies:  
**Film & Fernsehen**

seminar group:  
**FF10w1-B**

first examiner:  
**Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Lothar Otto**

second examiner:  
**Franzisca Heintze**

submission:  
Mittweida, 22.07.2014

## Bibliografische Angaben:

Schindler, Nicolas:

### **Wie gestalte ich eine neutrale Berichterstattung am Beispiel der Bundestagswahl 2013**

How to do a impartial reporting by the example of the parliamentary elections for the Bundestag 2013

2014 - 43 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,  
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

## **Abstract**

In my thesis I will analyse if impartial reporting is possible. Therefore I will focus on the parliamentary elections for the Bundestag 2013 and take a closer look at the „Stinkefinger“-scandal, in which chancellor candidate Peer Steinbrück was shown on the cover of a newspapers magazin with erect middlefinger. I will discuss what impartial reporting means and what objectivity means for journalism. Furthermore I will describe the historical background and the process of parliamentary elections for the Bundestag. In conclusion I will integrate my results in the analysis of three different articles about the scandal.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>VII</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>VIII</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2 Objektivität.....</b>	<b>3</b>
2.1 Was sind Medien?.....	3
2.2 Was ist Objektivität?.....	3
2.3 Warum ist Objektivität wichtig?.....	4
2.4 Wie zeichnet sich Objektivität aus?.....	5
2.5 Ansätze der Kommunikationswissenschaft.....	7
2.5.1 Dependenzansatz.....	7
2.5.2 Interdependenzansatz.....	7
2.5.3 Agenda-Setting.....	7
2.6 Der Pressekodex.....	8
<b>3 Die Bundestagswahl.....</b>	<b>8</b>
3.1 Historie.....	9
3.2 Ablauf einer Bundestagswahl.....	10
3.3 Ergebnis der Bundestagswahl 2013.....	11
<b>4 Analyse.....</b>	<b>13</b>
4.1 Die Umstände.....	13
4.1.1 Peer Steinbrück.....	13
4.1.2 Angela Merkel.....	13
4.1.3 Die Geste.....	14
4.1.4 Das Format.....	14
4.1.5 Der Wahlkampf.....	15
4.2 Die Artikel.....	16
4.2.1 Artikel 1.....	16
4.2.2 Artikel 2.....	19
4.2.3 Artikel 3.....	21
<b>5 Fazit.....</b>	<b>22</b>

<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>X</b>
<b>Anlagen.....</b>	<b>XIII</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung.....</b>	<b>XXI</b>

---

## Abkürzungsverzeichnis

<i>CDU</i>	–	<i>Christlich Demokratische Union Deutschlands</i>
<i>CSU</i>	–	<i>Christlich-Soziale Union</i>
<i>SPD</i>	–	<i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i>
<i>FPD</i>	–	<i>Freie Demokratische Partei</i>
<i>AfD</i>	–	<i>Alternative für Deutschland</i>
<i>NPD</i>	–	<i>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</i>
<i>REP</i>	–	<i>Die Republikaner</i>
<i>BP</i>	–	<i>Bayernpartei</i>
<i>PBC</i>	–	<i>Partei Bibeltreuer Christen</i>
<i>BüSo</i>	–	<i>Bürgerrechtsbewegung Solidarität</i>
<i>MLPD</i>	–	<i>Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands</i>
<i>PSG</i>	–	<i>Partei für Soziale Gleichheit</i>
<i>BIG</i>	–	<i>Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit</i>
<i>B</i>	–	<i>Bergpartei, die „ÜberPartei“</i>
<i>BGD</i>	–	<i>Bund für Gesamtdeutschland</i>
<i>DKP</i>	–	<i>Deutsche Kommunistische Partei</i>
<i>APuZ</i>	–	<i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013.....	11-12
--	-------



# 1 Einleitung

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.“<sup>1</sup>

Die Aufklärung ist vielleicht rein historisch schon eine Weile her, jedoch benötigen alle Menschen ständige Aufklärung. In Westeuropa müssen die Bürger über die Vielzahl an komplexen politischen Vorgängen aufgeklärt werden, damit sie ihre demokratische Macht wirklich nutzen können. In den muslimischen Ländern vor allem des Mittelmeerraums dienten aufklärerische Informationen zu einer Französischen Revolution 2.0, dem Arabischen Frühling. Und in Teilen Asiens basieren totalitäre Systeme auf systematischer Desinformation des eigenen Volkes und dem Abschirmen von aufklärerischem Gedankengut.

Und so hat Kants Definition auch nach 250 Jahren noch Gültigkeit und, besonders in demokratischen Staaten, nach wie vor Relevanz.

Doch wer klärt heute auf? Die Welt ist in den letzten 250 Jahren komplexer und schneller geworden. Wer behält da noch den Überblick? Wem sollte man vertrauen? Und wem kann man vertrauen? Und warum?

Die Medien. Sie waren die Aufklärer der Neuzeit und sind es bis heute.

Ihre aufklärerische Funktion besteht allerdings nicht darin, den Bürgern vorzuschreiben, was sie zu denken haben. Sie sollen lediglich informieren, sodass der Rezipient sich schließlich selbst eine fundierte Meinung bilden kann. Die Medien sollen komplexe Themen erklären, um mündige Bürger entstehen zu lassen, die ihrerseits Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie sind. Dafür sollten sie ihre Berichterstattung möglichst neutral gestalten. Im demokratischen Alltag ist diese Neutralität besonders bei Wahlen wichtig. Gerade bei einer Bundestagswahl. Die Bundestagswahl ist der größte demokratische Prozess, der in der Bundesrepublik Deutschland existiert. Und genau diese Werte gilt es zu schützen.

---

<sup>1</sup> Immanuel Kant, Berlinische Monatsschrift, Band 12, 1784, S. 481

In folgender Analyse werde ich mich auf Printmedien beschränken, da der klassischen Zeitung von Seiten der Rezipienten, trotz eines wachsenden Online-Angebots, noch immer am meisten Vertrauen entgegengebracht wird<sup>2</sup>. Des Weiteren werde ich keine Boulevard-Blätter mit einschließen, da ich mich auf politischen Journalismus konzentrieren möchte. Auch werde ich mich auf ein Fallbeispiel beschränken.

Hierbei handelt es sich um den „Stinkefinger-Skandal“ von Peer Steinbrück, während des Wahlkampfes, wenige Wochen vor der Bundestagswahl. Der Kanzlerkandidat erschien mit erhobenem Mittelfinger auf dem Cover des SZ-Magazins polarisierte und sorgte für eine lebhafte Kontroverse.

Zunächst konzentriere ich mich auf den Begriff der neutralen Berichterstattung. Was zeichnet politische Berichterstattung aus und wie entsteht Neutralität?

Danach beschreibe ich unter anderem die Historie und den Ablauf einer Bundestagswahl.

In meinem Hauptteil beschreibe ich zunächst die Umstände des „Stinkefinger-Skandals“ und werde daraufhin drei Artikel analysieren, die versuchen diesen Vorfall journalistisch aufzuarbeiten.

---

<sup>2</sup> Pew Research Center: Press Widely Criticized, But Trusted More than Other Information Sources. <http://www.people-press.org/2011/09/22/press-widely-criticized-but-trusted-more-than-other-institutions/>. 22.9.2011 (letzter Abruf 19.07.14).

Pew Research Center: Further Decline in Credibility Ratings for Most News Organizations. <http://www.people-press.org/2012/08/16/further-decline-in-credibility-ratings-for-most-news-organizations/>. 16.8.2012 (letzter Abruf 19.07.14).

## 2 Objektivität

### 2.1 Was sind Medien?

Laut Saxer sind Medien „komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen<sup>3</sup>“ Was bedeutet das für politischer Berichterstattung?

Spezifisches Leistungsvermögen heißt in diesem Fall, politische Sachverhalte und Vorgänge in ihrer Komplexität zu verringern, um sie jedem verständlich zu machen. Denn erst wenn ein Bürger in der Lage ist die politischen Prozesse zu verstehen, ist er ein mündiger Bürger und kann sich aktiv an unserer Demokratie beteiligen. Somit erfüllen die Medien eine sehr wichtige Aufgabe in demokratischen Strukturen. Sie stellen die Verbindung zwischen der Politik und dem Volk her.

### 2.2 Was ist Objektivität?

Die journalistische Objektivität ist ein Begriff, der Mitte des 19. Jahrhunderts in den USA und einigen europäischen Ländern entstand, und ist eine zentrale journalistische Norm, die sich auf die Berichterstattung bezieht.

Charakteristisch für die objektive Aussage bzw. Berichterstattung ist die allgemeine Überprüfbarkeit und Transparenz, die z.B. durch detaillierte Offenlegung der Informationsquellen entsteht, und die zumindest angestrebte Ausschaltung jeglicher subjektiver Wertung.

Die Objektivitätsnorm gilt jedoch nur für Nachrichten, Berichterstattungen oder Reportagen, nicht für Kommentare, Kritiken oder andere „fiktionale“ Texte, da hier die subjektive Meinung des Autors im Vordergrund steht. Daher ist auch eine strikte und für den Leser deutlich ersichtliche Trennung dieser verschiedenen Formate besonders wichtig, um den Rezipient nicht in die Irre zu führen.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Saxer, Ulrich (1999): Der Forschungsstand der Medienwissenschaft. In: Joachim-Felix Leonhard, Hans-Werner Ludwig, Dietrich Schwarze, Erich Strassner (Hrsg.): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. 1. Teilband. Berlin / New York: de Gruyter, S.1-14.

<sup>4</sup>Vgl. Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius, Ottfried Jarren: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaften, 2013, S. 246

## 2.3 Warum ist Objektivität wichtig?

Aufgrund ihrer meinungsbildenden Reichweite werden die Massenmedien oft als „vierte Macht im Staat“ bezeichnet. Sie können Themen zum Skandal hochstilisieren oder unter den Tisch fallen lassen, eine Partei pushen und die andere diffamieren. La Roche nennt zwei Hauptgründe warum Objektivität in der Berichterstattung so wichtig ist:

1. Der Berichterstatter soll dem Leser, Hörer, Zuschauer nicht das Denken abnehmen; er soll ihm nur die Fakten liefern, die ihn in die Lage versetzen, sich dann sein Urteil selbst zu bilden. Das ist der eine Grund: keine Bevormundung des Bürgers.
2. Jeder hat ein Recht darauf, dass sein öffentliches Wirken (auch wenn es vielleicht darin besteht, als Angeklagter vor Gericht auftreten zu müssen) nicht parteiisch dargestellt wird, sondern unvoreingenommen, sachlich und ohne Beigabe von Kommentar.<sup>5</sup>

Indem die Massenmedien auf das Vorschreiben einer Meinung verzichten und die Leserschaft zu eigenständigem Denken anregen, ermächtigen sie diese ihr demokratisches Wirkpotenzial wahrnehmen zu können. Somit geben die Medien einen Teil ihrer Macht an die Leserschaft ab und es kommt zu einer Machtverschiebung.

---

<sup>5</sup> La Roche: Einführung in den Praktischen Journalismus, 2013, S.134

## 2.4 Wie zeichnet sich Objektivität aus?

La Roche differenziert außerdem zwischen äußerer Objektivität und innerer Objektivität.

Die äußere Objektivität ist diejenige, auf die der Journalist die größte Einflussnahme hat. Durch das Einhalten gewisser rein formaler Regeln und grundsätzlicher Prinzipien kann eine größtmögliche äußere Objektivität entstehen. Hierbei gilt es das journalistische Handwerk zu beherrschen und „die Wirklichkeit richtig (zu) beschreiben“<sup>6</sup>. La Roche fasst Bäuerleins Regelwerk zur äußeren Objektivität in sieben Punkten zusammen.

- Alle gemeldeten Fakten müssen stimmen.
- Wo der Journalist trotz sorgfältiger Recherche keine Gewissheit erlangen kann, muss er sein Publikum darauf hinweisen, damit es nicht ungewisse Fakten für gewiss nimmt.
- Zur Richtigkeit einer Darstellung gehört, dass sie vollständig und ausgewogen ist.
- Die Nachricht darf keine Meinungsäußerungen des Verfassers oder Bearbeiters enthalten (Trennung von Nachricht und Kommentar).
- Floskeln, durch die (auch unbeabsichtigt) Meinung in die Nachricht einfließen könnte, sind zu vermeiden.
- Meinungsäußerungen anderer, die Gegenstand der Nachricht sind, müssen unmissverständlich als solche gekennzeichnet werden.
- Bei der Ausgestaltung einer Nachricht ist zu beachten, dass schmückende und ergänzende Fakten eine nicht gerechtfertigte Tendenz in die Nachricht bringen können.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Heinz Bäuerlein, Die Problematik der Objektivität in der Presse-Berichterstattung - (Dissertation am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München, 1956)

<sup>7</sup> La Roche: Einführung in den praktischen Journalismus, 2013, S.134

Die innere Objektivität stellt den Schreibenden vor eine andere Problematik. Er ist teil einer Gesellschaft mit spezifischen Werten und Normen, wurde auf bestimmte Art und Weise erzogen und sein Charakter wurde durch eine Vielzahl an äußeren Einflüssen und Ereignissen geprägt. Es handelt sich schließlich auch beim Journalisten um ein Individuum mit spezifischer Hintergrundgeschichte, dem gewisse Normen und Werte gewissermaßen „ansozialisiert“ wurden.

Somit könnten zwei Journalisten, ein europäisch und ein asiatisch geprägter, beide die sieben Regeln der äußeren Objektivität erfüllen und doch zwei vollkommen unterschiedliche Texte schreiben<sup>8</sup>.

„Die Journalistinnen und Journalisten, die hören und sehen, recherchieren, urteilen und schreiben, sind Menschen in all ihren gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Bedingtheiten. Objektivität als Maßstab der Arbeit kann deshalb kein naturwissenschaftlich exakter Begriff sein. Aber diesen Begriff in einer erkenntnistheoretischen Diskussion völlig aufzulösen, hieße, zu jeder Verfälschung, Lüge und Manipulation einzuladen.“<sup>9</sup>

Die innere Objektivität, und somit das was man üblicherweise unter Objektivität versteht, ist vor allem eine utopische Idee, die letztlich an der Unvollkommenheit des Menschseins scheitert. Aber ohne diese Idee wäre jegliche Berichterstattung grundsätzlich zum Scheitern verurteilt. Außerdem ist das Streben nach unerfüllbaren Idealen ein essenzielles Grundbestreben des Menschen.

Durch die rasante Verbreitung des Internets ändern sich die Rahmenbedingungen für Berichterstattungen maßgeblich und rasant. So stieg in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem der Aktualitätsdruck auf die Medien, worunter in vielen Fällen die äußere Objektivität leiden muss<sup>10</sup>.

Abseits der Objektivität gibt es noch einige andere wichtige Thesen innerhalb der Kommunikationswissenschaft, die für das hier behandelte Thema relevant sind. Sie beschreiben beispielsweise nicht nur das Verhältnis zwischen den Medien und deren Rezipienten, sondern auch das Verhältnis von Politik und Medien. In folgenden populären Ansätzen der Kommunikationswissenschaft werde ich näher darauf eingehen.

---

8 Vgl. La Roche: Einführung in den praktischen Journalismus, 2013, S.144

9 Segbers 2007: Die Ware Nachricht. Wie Nachrichtenagenturen ticken. Konstanz: UVK S.122

10 Vgl. Hermann Meyn: Massenmedien in Deutschland 2004 S. 261

Vgl. Sasseen, J., Olmstead, K. & Mitchell, A. of the Pew Research Center: Digital: As Mobile Grows Rapidly, the Pressures on News Intensify. <http://stateofthemedias.org/2013/digital-as-mobile-grows-rapidly-the-pressures-on-news-intensify/> . 2013. (letzter Abruf 19.07.14).

## 2.5 Ansätze der Kommunikationswissenschaft

### 2.5.1 Dependenzansatz

Der Dependenzansatz spricht von der Mediatisierung der Politik und meint damit, dass die Medien längst nicht mehr nur auf politische Prozesse reagieren, sondern maßgeblich selbst agieren. Sie sind wesentlich an der Meinungsfindung der Bürger bzw. Wähler beteiligt und legen somit den Grundstein dafür, ob eine politische Entscheidung durchsetzbar ist oder bei den Bürgern an Legitimität verliert. Der Dependenzansatz geht davon aus, dass Medien die politischen Geschehnisse stark beeinflussen und mittlerweile mindestens so viel Macht innehaben, wie die Politik, über die sie berichten<sup>11</sup>.

### 2.5.2 Interdependenzansatz

Der Interdependenzansatz geht, im Gegensatz zum Dependenzansatz, von einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Medien und Politik aus. Zum einen bietet das politische Geschehen den Medien wichtige Inhalte und diese können wiederum der Politik helfen ihre Resultate öffentlich und verständlich zu machen. Die Medien bieten dem Politiker eine Bühne und der Politiker gibt den Medien Substanz<sup>12</sup>.

### 2.5.3 Agenda-Setting

It [Anm. Schindler: the media] may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think about.<sup>13</sup>

Bei der Theorie des Agenda-Setting wird nicht das Verhältnis zwischen Politik und Medien untersucht, sondern wie sich die Medien auf ihre Rezipienten auswirken.

---

<sup>11</sup> Vgl. Meyer, Mediokratie: Die Kolonisierung der Politik durch die Massenmedien S. 143, 2001

<sup>12</sup> Vgl. Saxer, Publizistik und Politik als interdependente Systeme. Zur politischen Funktionalität der Publizistik, 1981 S. 501-514

<sup>13</sup> Cohen, Bernard C. (1963): The Press and Foreign Policy. Princeton , S.13

Bernard Cohen kam 1963 zu dem Ergebnis, dass Medien weniger erfolgreich dabei sind der Leserschaft zu diktieren, was sie zu denken hat, sondern viel mehr worüber sie nachdenken<sup>14</sup>.

## 2.6 Der Pressekodex

Der Pressekodex wurde 1973 vom deutschen Presserat in Zusammenarbeit mit den Presseverbänden beschlossen. Er gibt ethische und moralische Richtlinien vor, hat aber keinerlei juristische Grundlage und ist somit auf freiwilliger Basis.

In 16 Ziffern und den zugehörigen Richtlinien (Stand: 13.03.2013) vereint der Pressekodex publizistische Grundsätze, um die Berufsethik der Presse zu konkretisieren.

Die erste Ziffer mit dem Titel „Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde“ lautet:

„Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.

Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.“<sup>15</sup>

Was beispielsweise frappierende Ähnlichkeit mit der ersten Regel La Roches<sup>16</sup> und des ersten Artikels des Grundgesetzes<sup>17</sup> hat.

Auf den folgenden Seiten behandle ich das Thema der Bundestagswahl. Hierbei gehe ich nicht nur auf den historischen Hintergrund, sondern auch kurz auf den Ablauf einer heutigen Bundestagswahl ein.

## 3 Die Bundestagswahl

Die Bundestagswahl ist fest im deutschen Grundgesetz verankert. In Artikel 38 und 39 wird der demokratische Akt zum Grundrecht.

(1) Der Bundestag wird vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen

---

<sup>14</sup> Vgl. Agenda-Setting-Prozesse, Wolfgang Eichhorn, 2005, S. 1

<sup>15</sup> Publizistische Grundsätze (Pressekodex) Fassung vom 13. März 2013, Ziffer 1

<sup>16</sup> „Alle gemeldeten Fakten müssen stimmen“

<sup>17</sup> GG Art. 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“



Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens sechsundvierzig, spätestens achtundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt<sup>18</sup>.

## 3.1 Historie

Das Wort Demokratie stammt etymologisch von dem Alt-Griechischen δῆμος (dämos - das Volk) und κράτος (kratos - die Herrschaft) und bedeutet wörtlich übersetzt die „Herrschaft des Volkes“.

Doch aus dem antiken Griechenland stammt nicht nur das Wort Demokratie (Volksherrschaft), sondern auch die Idee dahinter. So sagte schon Perikles (ca. 500-429 v.Chr.): „Mit Namen heißt sie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft.“<sup>19</sup>

Es gibt allerdings verschiedene Möglichkeiten eine solche Demokratie auszuleben. Beispielsweise gab es die Variante, dass sich die Wählerschaft jedes mal traf um abzustimmen. Diese Form der Demokratie ist bei einer Anzahl von ca. 80 Millionen Deutschen höchst unpraktikabel und nicht zielführend. Aus diesem Grund wählen mittlerweile alle demokratischen Länder Volksvertreter.

Vom 15. bis in das 19. Jahrhundert gab es in Europa fast ausschließlich Monarchien. Eine Ausnahme bildete beispielsweise die Schweiz mit ihrem berühmten Rütlichschwur. Auch in England entstand Ende des 17. Jahrhunderts das Londoner Parlament. Das war zwar ein kleiner Schritt in Richtung Demokratie, hatte aber mit einer tatsächlichen Herrschaft des Volkes gänzlich wenig zu tun, da nur der Adel im Londoner Parlament vertreten war<sup>20</sup>.

Ab 1820 erlebte die Demokratie einen Boom, der ein ganzes Jahrhundert andauern sollte. Bis in das Jahr 1926 entstanden weltweit 29 Demokratien. Darunter auch die Weimarer Republik, die letztlich an Parteienzersplitterung, Koalitionsquerelen, Instabilität und Radikalisierung scheiterte und damit eines der dunkelsten Kapitel unserer Zeit einläutete – das Dritte Reich und in Folge den Zweiten Weltkrieg.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs konnten sich bis 1960 wieder 36 Demokratien bilden. Mittlerweile sind es ca. 120 Demokratien weltweit.

---

18 GG Art. 39

19 Oliver H. Herde, Übersetzung der Gefallenenrede des Perikles <http://ohher.de/Geschichte/Thuk.2.35-46.htm>

20 Vgl. Bernhard Frevel, Demokratie: Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung, 2009, S.32-34

Die erste Bundestagswahl wie wir sie heute kennen war am 14. August 1949. Damals wurde Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Seitdem wird alle vier Jahre ein neuer Bundeskanzler bzw. eine neue Bundeskanzlerin ermittelt.

1953 war das sogenannte „Wahlwunder“, bei dem die Union 45,2% der Stimmen bekam. Damals kam es zur ersten Konzentration innerhalb des Parteiensystems. Dieser Trend hielt an, bis es 1961 nur noch drei Fraktionen im Bundestag gab: CDU/CSU, SPD und FDP. 1966 entstand dann die ersten großen Koalition.

1990 fand dann die erste Bundestagswahl im wiedervereinten Deutschland statt, bei der Helmut Kohl seinen dritten Wahlsieg davon tragen konnte. Hierbei gab es eine Sonderregelung: Die alten und die neuen Bundesländer sollten getrennte Wahlgebiete sein, mit einer jeweils eigenen Fünfprozenthürde. Diese Änderung verhalf unter anderem Bündnis 90/Die Grünen zu Sitzen im Bundestag<sup>21</sup>.

Seit 2005 ist Angela Merkel (CDU) Bundeskanzlerin.

## 3.2 Ablauf einer Bundestagswahl

Jeder Wahlberechtigte kann zwei Stimmen abgeben.

Mit der Erststimme wird direkt ein Kandidat gewählt, der den Wähler im Bundestag vertreten soll. Hierbei reicht eine einfache Mehrheit, das heißt der Kandidat mit den meisten Stimmen kommt ins Parlament. Jeder der insgesamt 299 Wahlkreise in Deutschland wählt seinen eigenen Kandidaten.

Mit der Zweitstimme wird eine Partei gewählt. Hier wird entschieden wie viele Sitze die jeweilige Partei im Bundestag bekommt. Die Sitze werden prozentual aufgeteilt.

Die Regierung setzt sich üblicherweise aus der Partei mit den meistens Sitzen im Bundestag und einem Koalitionspartner zusammen. Theoretisch ist es auch möglich mit einer absoluten Mehrheit allein zu regieren, jedoch ist das eher unwahrscheinlich und in der deutschen Wahlgeschichte erst ein Mal (1957) passiert. Hier erreichte die CDU mit der Regierung von Konrad Adenauer ein Wahlergebnis von über 50%.<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. Hans Vorländer: Demokratie – Geschichte eines Begriffes, 2004  
<http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62495/der-begriff-demokratie?p=0#bio0> (17.07.14)

<sup>22</sup> Vgl. Oskar Niedermayer: Das Wahlsystem, 2012  
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138728/das-wahlsystem> (17.07.14)

### 3.3 Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Das amtlich Ergebnis der Bundestagswahl 2013 lautete:

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Diff. zu 2009 in %- Pkt.	Anzahl	%	Diff. zu 2009 in %- Pkt.
Wahlberechtigte	61.946.900	-	-	61.946.900	-	-
Wähler	44.309.925	71,5	0,7	44.309.925	71,5	0,7
Ungültige	684.883	1,5	-0,2	583.069	1,3	-0,1
Gültige	43.625.042	98,5	0,2	43.726.856	98,7	0,1
CDU	16.233.642	37,2	5,2	14.921.877	34,1	6,9
SPD	12.843.458	29,4	1,5	11.252.215	25,7	2,7
FDP	1.028.645	2,4	-7,1	2.083.533	4,8	-9,8
DIE LINKE	3.585.178	8,2	-2,9	3.755.699	8,6	-3,3
GRÜNE	3.180.299	7,3	-1,9	3.694.057	8,4	-2,3
CSU	3.544.079	8,1	0,7	3.243.569	7,4	0,9
PIRATEN	963.623	2,2	2,1	959.177	2,2	0,2
NPD	635.135	1,5	-0,3	560.828	1,3	-0,2
Tierschutzpartei	4.437	0,0	-0,0	140.366	0,3	-0,2
REP	27.299	0,1	-0,0	91.193	0,2	-0,2
ÖDP	128.209	0,3	0,0	127.088	0,3	-0,0
FAMILIE	4.478	0,0	-0,0	7.449	0,0	-0,3
Bündnis 21/RRP	5.324	0,0	-0,1	8.578	0,0	-0,2
RENTNER	920	0,0	0,0	25.134	0,1	-0,1
BP	28.430	0,1	-0,0	57.395	0,1	0,0
PBC	2.081	0,0	-0,0	18.542	0,0	-0,1
BüSo	17.988	0,0	-0,0	12.814	0,0	-0,1
DIE VIOLETTEN	2.516	0,0	-0,0	8.211	0,0	-0,1
MLPD	12.904	0,0	-0,0	24.219	0,1	-0,0
Volksabstimmung	1.748	0,0	-0,0	28.654	0,1	0,0
PSG	-	-	-	4.564	0,0	0,0
AfD	810.915	1,9	1,9	2.056.985	4,7	4,7

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Diff. zu 2009 in %- Pkt.	Anzahl	%	Diff. zu 2009 in %- Pkt.
BIG	2.680	0,0	0,0	17.743	0,0	0,0
pro Deutschland	4.815	0,0	0,0	73.854	0,2	0,2
DIE RECHTE	-	-	-	2.245	0,0	0,0
DIE FRAUEN	-	-	-	12.148	0,0	0,0
FREIE WÄHLER	431.640	1,0	1,0	423.977	1,0	1,0
Nichtwähler	-	-	-	11.349	0,0	0,0
PARTEI DER VER- NUNFT	3.861	0,0	0,0	24.719	0,1	0,1
Die PARTEI	39.388	0,1	0,1	78.674	0,2	0,2
B	624	0,0	0,0	-	-	-
BGD	1.431	0,0	0,0	-	-	-
DKP	1.699	0,0	0,0	-	-	-
NEIN!	290	0,0	0,0	-	-	-
Übrige	77.306	0,2	-0,2	-	-	-

Tabelle 1: Bundeswahlleiter<sup>23</sup>

Er herrschte eine Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent.

Die FDP schafft es seit 65 Jahren das erste Mal nicht über die Fünfprozenthürde und somit nicht in den Bundestag. Das war ein Novum für eine bis dato etablierte Partei.

Erwähnenswert ist auch der überraschende Erfolg der AfD, die mit 4,7% nur knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte. Sie wäre, nach den Grünen, die erste nicht etablierte Partei gewesen, die es auf Anhieb in den Bundestag geschafft hätte.

Nach einigen Verhandlungen kam es zur Großen Koalition zwischen CDU/CSU und der SPD, wobei die CDU mit Angela Merkel die Kanzlerin stellte.

<sup>23</sup> Bundeswahlleiter:  
[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/bundesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/) (17.07.14)

## 4 Analyse

### 4.1 Die Umstände

#### 4.1.1 Peer Steinbrück

Peer Steinbrück wurde am 10.01.1947 in Hamburg geboren. Er machte Abitur und studierte Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft in Kiel. Er trat noch vor seinem Studium der SPD bei. Vor seiner Kandidatur als Bundeskanzler war Steinbrück unter anderem Staatssekretär im Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein (Juni 1990 bis April 1992) und später Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (November 2002 bis Juni 2005). Von November 2005 bis Oktober 2009 war er Bundesminister der Finanzen in der großen Koalition<sup>24</sup>.

#### 4.1.2 Angela Merkel

Angela Merkel wurde am 17.07.1954, wie ihr Kontrahent, in Hamburg geboren. Nach ihrem Abitur im Jahre 1973 studierte sie Physik an der Universität Leipzig. Nach dem Mauerfall trat sie 1990 der CDU bei und war unter Helmut Kohl von Januar 1991 bis November 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend und daraufhin Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (November 1994 bis Oktober 1998). 2002 wurde sie Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU. Seit November 2005 ist sie amtierende Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Deutscher Bundestag Biografien, Peer Steinbrück

[http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/S/steinbrueck\\_peer/259022](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/S/steinbrueck_peer/259022) (Zugriff: 11.07.2014)

<sup>25</sup> Vgl. Deutscher Bundestag Biografien, Angela Merkel

[http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/M/merkel\\_angela/258788](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/M/merkel_angela/258788) (Zugriff: 11.07.2014)

### 4.1.3 Die Geste

In seinem Werk „Nature Embodied: Gesture in Ancient Rome“ beschreibt Anthony Corbeill, wie die antiken Römer schon den *digitus impudicus*, den „sittenlosen Finger“, beherrschten. Zwei Bedeutungen misst Corbeill ihm bei. Zum einen repräsentierte der ausgestreckte Mittelfinger den erigierten Penis und stellte damit eine sexuelle Drohung dar. Gleichzeitig war der erhobene Mittelfinger auch eine apotropäische Geste, um ungewollte Geister zu vertreiben.<sup>26</sup>

Die obszöne Konnotation des Mittelfingers ist bis heute weit verbreitet und wird in einigen Fällen sogar juristisch geahndet. Der sogenannte „Stinkefinger“ kann für Arbeitgeber und vor allem -nehmer schnell unangenehme Konsequenzen mit sich bringen. Laut §626 kann das Dienstverhältnis von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist beendet werden. Ein wichtiger Grund ist zum Beispiel die Beleidigung durch den ausgestreckten Mittelfinger.

Auch im Straßenverkehr kann der Finger den Beteiligten teuer zu stehen kommen. Zwischen 600 - 4.000€ kann die Beleidigung kosten, wenn es zu einer Anzeige kommt.

Es besteht natürlich auch außerhalb des Straßenverkehrs die Möglichkeit eine Beleidigung hart zu bestrafen. Laut §185 kann eine Beleidigung mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe und, wenn die Beleidigung mittels einer Tätlichkeit begangen wird, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet werden.

Bei zwei sich gegenseitig beleidigenden Parteien kann der Richter beide Beleidiger oder einen derselben für straffrei erklären.

### 4.1.4 Das Format

Peer Steinbrück präsentierte seinen Mittelfinger im SZ-Magazin in der Kolumne „Sagen Sie jetzt nichts“. Diese erscheint seit 2006 in dem der Süddeutschen Zeitung wöchentlich beiliegenden Magazin. „Sagen Sie jetzt nichts“ ist ein Interview mit Prominenten: Sportlern, Politikern und Allem, was Rang und Namen hat. Der Clou daran ist, dass die Interviewten nonverbal, also nur mit Gestik und Mimik, auf die ihnen gestellten Fragen antworten dürfen.

---

<sup>26</sup> Vgl. Anthony Corbeill: *Nature Embodied: Gesture in Ancient Rome*, 2003, S.6

Im Heft 37 aus dem Jahr 2013 wurden Peer Steinbrück die sieben Fragen gestellt. Auf die Frage: „Pannen-Peer, Problem-Peer, Peerlusconi - um nette Spitznamen müssen Sie sich keine Sorgen machen, oder?“ antwortet er mit erhobenem Mittelfinger und schaffte es damit sogar auf das Titelblatt des Magazins.

#### 4.1.5 Der Wahlkampf

Für einen Wahlkampf spielt natürlich die vorausgehende Legislaturperiode eine große Rolle, da sich hier die Schwächen und Stärken des politischen Gegners präsentieren.

2009 entstand eine Koalition zwischen der CDU/CSU und der FDP. Die Legislaturperiode war vor allem durch die Euro-Krise und die Energiewende geprägt<sup>27</sup>.

Der Wahlkampf um die Bundestagswahl 2013 war auffallend einseitig.

Merkels Wahlkampf beruhte auf offensivem Minimalismus. Ihren tatsächlichen Wahlkampf führte sie bereits Monate im Voraus durch Demobilisierung des Gegners. Der angekündigte Ausstieg aus der Atomkraft unterwanderte beispielsweise Die Grünen in ihrer Argumentation, indem deren Hauptanliegen in die Agenda der Union mit aufgenommen wurden. Auch das Übernehmen traditionell eher sozial-demokratischer Themen entsprach dieser Taktik. Durch Versprechungen wie Lohnuntergrenze, Frauenquote und Mietpreisbremse gelang der CDU/CSU folglich auch die Demobilisierung der SPD.

Die SPD musste bereits vor den Koalitionsverhandlungen einige Kompromisse eingehen. Steinbrück war 2013 lediglich Kanzlerkandidat, da Frank-Walter Steinmeier 2009 schon gescheitert war und Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, und Sigmar Gabriel, der SPD-Parteichef, nicht zur Verfügung standen. Gleichzeitig wollte die SPD Steinbrück als Zugpferd nutzen. Er sollte mit seiner offensiv-zupackenden Art und seinem Renommee als Finanzexperte Wähler mobilisieren. Das scheiterte jedoch an einigen medialen Fehlritten des Kanzlerkandidaten. Er bekam beispielsweise durch die Offenlegung seiner Nebeneinkünfte ein zunehmend negatives Image. Auch die ihm im Wahlkampf zugeschriebenen Spitznamen wie „Pannen-Peer“ und „Problem-Peer“ zeugen von dieser Entwicklung<sup>28</sup>.

---

<sup>27</sup> Vgl. grundsätzlich: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010.

Vgl. Karl-Rudolf Korte · Niko Switek: Politikwechsel und Krisenentscheidungen (APuZ 25.11.2013)

<sup>28</sup> Vgl. grundsätzlich: Raschke Strategie zählt. Die Bundestagswahl 2013 (APuZ 25.11.2013)

## 4.2 Die Artikel

Im Folgenden werde ich drei Artikel anhand der vorgestellten sieben Regeln der Objektivität von La Roche auf ihren Objektivitätsgehalt hin überprüfen.

### 4.2.1 Artikel 1

Die Welt vom 14.09.13, Seite 4 Politik<sup>29</sup>

„Die Bittere Rückkehr von Pannen-Peer“ von Kristian Frigelj und Daniel Friedrich Sturm

Bereits die Überschrift, die eine inhaltliche Einstimmung des Lesers auf den Text bieten soll, entspricht nicht den Regeln der Objektivität nach La Roche.

„Die bittere Rückkehr von Pannen-Peer“ ist das erste, was dem Leser in dem Artikel in Die Welt vorgelegt wird. Bereits im zweiten Wort „bitter“ ist eine Wertung enthalten. Die bittere Rückkehr. „Bitter“ ist ein Adjektiv mit negativem Tenor, dem der Duden Bedeutungen wie „einen sehr herben (bis ins Unangenehme gehenden) Geschmack aufweisend“ oder „schmerzlich; als verletzend, kränkend empfunden“<sup>30</sup> beimisst. Der Leser sollte aufgrund des Artikels selbst in der Lage sein, Steinbrücks Rückkehr einzuordnen und zu bewerten. Das ausschmückende Adjektiv ist kein Faktum, sondern viel eher eine Meinungsäußerung.

Zum anderen ist da noch der Titel „Pannen-Peer“. Diese Zuschreibung ist zwar kein extra für diesen Artikel eingeführter Neologismus der Autoren Frigelj und Sturm, aber die Entscheidung diesen diffamierenden Namen zu nutzen, zeugt von einer eher subjektiven Herangehensweise und einer immanenten Wertung des Vorfalls von Seiten der Journalisten.

Der eigentliche Artikel beginnt damit, dass beschrieben wird, wie Peer Steinbrück in einem Gymnasium eine Rede hält. Dabei lediglich Fakten beschrieben werden. Gegen Ende des zweiten Abschnittes wird ein Satz mit den folgenden Worten eingeleitet: „Steinbrück verlebt gemütliche 90 Minuten in der Aula...“. Das ist nach La Roche zwar kein schwerwiegender Verstoß gegen die Objektivitätsnorm, die eher blumige Wort-

---

<sup>29</sup> Siehe: Anlage 1

<sup>30</sup> Duden: bitter <http://www.duden.de/rechtschreibung/bitter> (Zugriff: 19.07.14)



wahl wirkt bei einer objektiven Berichterstattung allerdings deplatziert. Außerdem ist die Wendung „gemütlich verleben“ mit einer gewissen Trägheit konnotiert, keinem sonderlich positiven Attribut für einen Kanzlerkandidaten.

Der nächste Punkt der auffällt ist die Befragung zweier Schüler, von denen nur einer antwortet. Auf das Bild angesprochen sagt der Schüler: „Es wirkt schon komisch, wenn ein Spitzenpolitiker so etwas macht. Finde ich nicht gut.“, was auch im Artikel als wörtliches Zitat angeführt wird. Es ist der einzige Schüler, der in diesem Artikel direkt zu Wort kommt, obwohl von „einigen Hundert Gymnasiasten“ die Rede ist. Zu einem Überblick über das Meinungsbild oder zumindest eine Tendenz in der Einschätzung der Schüler gelangt der Rezipient auf diese Art nicht. Es ist die erste negative Meinung zu dem „Stinkefinger-Skandal“.

Gleich im nächsten Satz wird die eher negative Grundstimmung gegen Steinbrück weiter ausgebreitet: „‘Auch im Lehrerzimmer wurde darüber gesprochen, es hätten alle schlecht gefunden‘, erzählt ein Lehrer“. Die pauschalisierende Äußerung eines einzigen Lehrkörpers, der anstelle des gesamten Kollegiums Stellung bezieht, erweckt nicht den Eindruck einer fairen und gründlichen Befragung.

Einige Sätze später wird Michaela Noll von der CDU zitiert: „Meinen Kindern sage ich, so etwas geht gar nicht, und ausgerechnet der Kanzlerkandidat macht das. Dazu fällt einem nichts mehr ein. Ich verstehe es einfach nicht.“ Dieses Zitat stellt die dritte abwertende Meinung in Folge und innerhalb weniger Zeilen dar. Nicht nur dadurch, dass als Schauplatz des Stimmungsbildes eine Schule gewählt wurde, sondern auch durch das direkte Ansprechen der Vorbildfunktion des Kanzlers, wird moralisierend auf den Leser eingewirkt. Auf diese Weise bringen die Autoren Steinbrücks Gestus mit Kindern in Verbindung, also den Menschen, denen die Gesellschaft versucht solche Zoten zu verbieten und somit Steinbrück als schlechtes Vorbild darstellen.

Daraufhin kommt Christian Ude von der SPD mit der ersten positiven Einschätzung zu Steinbrücks Auftritt im SZ-Magazin zu Wort. „Es war sicherlich risikofreudig. Aber ich kann diese scheinheilige Entrüstung nicht verstehen“, so Ude im Bayerischen Rundfunk: „Es sind dieselben Medien, die jetzt die tugendhafte Gouvernante spielen, die ihn vor selber sogar monatelang angepöbelt haben. Und er wurde von einem Medium gebeten, nur körpersprachlich auf die Pöbeleien zu antworten, das hat er getan. Ich finde, so viel klare Kante muss schon sein dürfen.“ Die solidarisierende Aussage aus Reihen der SPD wird jedoch gleich mit dem darauffolgenden Satz relativiert: „Kritisch äußert sich SPD-Vorstandsmitglied Ralf Stegner.“ Es folgt eine weitere negative Einschätzung von Tobias Andrä, dem Jusochef im Erzgebirge.

Gegen Anfang des letzten Drittels kommt der Angeklagte selber zu Wort. Steinbrück verteidigt sich unter anderem mit den Worten: „Und ich hoffe, dass die Republik auch den Humor hat, dann diese Grimassen und diese Gebärdensprache, bezogen auf die Fragen, richtig zu verstehen.“ Es ist die zweite und letzte positive Aussage zu dem Titelbild des SZ-Magzins. Direkt nach der wörtlichen Rede des Kanzlerkandidaten beginnt der Absatz mit den Worten: „Politiker aller anderen Bundestagsparteien indes zeigen sich entsetzt.“ Es folgen Äußerungen von Unionsfraktionschef Volker Kauder und Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt, welche Steinbrücks Vorgehen beide scharf kritisieren.

Der restliche Artikel besteht, wie während Wahlkämpfen üblich, aus Prozentverteilungen und Hochrechnungen. Hierbei handelt es sich wieder unverkennbar um Fakten, die zudem fachlich einwandfrei und übersichtlich aufbereitet wurden. Der letzte Punkt der auffällt, ist wieder ein direktes Zitat gegen Ende des Artikels: „'Ich sehe Steinbrück nicht in den Verhandlungen', ist da zu hören.“ Eine weitere Negativaussage gegenüber dem SPD-Kanzlerkandidaten, bei der keine Quellenangabe gemacht wurde. „ist da zu hören“ ist ein unklarer Verweis und zeugt entweder von Unwissenheit oder mangelhafter Recherche. Auf jeden Fall erfüllt es nicht die Regeln der Objektivität.

Insgesamt ist der Artikel wenig objektiv. Zwar ist der Schreibstil durchaus sachlich und distanziert gehalten, und auch die Meinungsäußerungen sind klar abgetrennt, betrachtet man jedoch den Artikel im Ganzen, fehlt die Ausgewogenheit. Es sind mindestens fünf Aussagen (je nach Zählweise), die Steinbrück für seine Geste tadeln, während dem nur zwei Aussagen gegenüberstehen, die sich positiv oder zumindest nicht negativ bezüglich seiner Geste äußern. Festzuhalten ist dabei allerdings auch, dass eine der beiden positiven Äusserungen Steinbrücks eigene Verteidigung ist. Positiv ist hingegen zu vermerken, dass die Autoren Steinbrück in einem direkten Zitat selbst zu Wort kommen ließen.

### 4.2.2 Artikel 2

Taz vom 14.09.2013, Seite 07<sup>31</sup>

„Steinbrücks Klartext“ von Arno Frank

Im Untertitel wertet der Autor die Diskussion um das Titelblatt des SZ-Magazins: „Kein Skandal“, schreibt Frank. Laut Duden ist ein Skandal<sup>32</sup> ein „Geschehnis, das Anstoß und Aufsehen erregt“. Das sind Attribute, die man diesem Vorfall anhand der vielen Artikel, Berichte und Kommentare nicht abstreiten kann.

Im ersten Absatz erklärt der Autor die Umstände, die zu dem Foto führten und zählt dabei nicht nur Fakten auf. „Steinbrück, der bis dahin augenscheinlich abwehrend die Arme verschränkt hatte,...“ rückt den Kanzlerkandidaten gleich zu Beginn in eine Opfer-Rolle. Im nächsten Satz schreibt der Autor: „Ein spontanes 'Fuck you!' also und so dynamisch, dass die Bewegung noch zu erahnen, die Hand auf dem Foto nur leicht unscharf zu sehen ist.“ Was dem Leser nahelegen soll, Steinbrück habe seine Aktion nicht vollkommen durchdacht.

Der Autor entschuldigt folglich gleich im ersten Absatz Steinbrück und seine Geste mit Nachdruck. In einem Kommentar wäre das vollkommen vertretbar, aber da es sich hier um einen Bericht handelt, sind das definitive Verstöße gegen das Regelwerk zur äußeren Objektivität.

Im zweiten Absatz findet Frank eine weitere Entschuldigung, die sogar zur Überschrift des Artikels wurde. „...auch mit Steinbrücks Hang zum 'Klartext'.“ und die Überschrift „Steinbrücks Klartext“ sind beides meinungsbildende Wertungen des Autors. Dem Leser wird suggeriert, dass Steinbrück (im Gegensatz zu anderen Politikern) verständlich und ehrlich ist. Solche unterschwelligen Botschaften entsprechen nicht dem Objektivitäts-Katalog von La Roche.

Der dritte Absatz beginnt mit dem Satz: „Nun bleibt die Geste obszön, auch wenn sie ironisch gemeint gewesen sein mag.“ Der Autor spricht der Geste zwar unbedingte Obszönität zu, bringt aber gleichzeitig das Thema der Ironie mit ein. Frank spekuliert hier ohne Anhaltspunkt.

---

<sup>31</sup>Siehe Anlage: 2

<sup>32</sup> Duden: Skandal <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Skandal> (Zugriff: 19.07.14)

Andere Medien hatten Steinbrück unter anderem vorgeworfen, dass dieser von ihm gezeigte Gestus in anderen Bereichen des Lebens sogar illegal sei und strafrechtlich verfolgt werden könne. Frank findet jedoch auch hier die passende Antwort und spricht sich wiederum für den Kanzlerkandidaten aus: „Zugleich aber legt § 199 StGB fest: 'Wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird, so kann der Richter beide Beleidiger oder einen derselben für straffrei erklären.' So gesehen, käme Steinbrück ungeschoren davon.“ Wieder wird Steinbrück in die Opfer-Rolle gesteckt, da er, laut Autor, ja lediglich auf die Beleidigungen der Medien, wie beispielsweise den Namen „Pannen-Peer“, reagiert habe.

Erst im vierten Absatz lässt der Autor auch kritische Meinungen einfließen und zitiert im Zuge dessen Philipp Rösler. Theoretisch ist hier alles richtig. Der Autor bringt eine fremde Meinung in seinen Artikel mit ein und trennt diese klar. Praktisch leitet er das Zitat aber mit den Worten „Umso interessanter, wer sich jetzt plötzlich alles an seine angeblich so gute Kinderstube erinnert.“ ironisierend ein, zieht das folgende Zitat Röslers somit ins Lächerliche und entkräftet es in letzter Instanz.

Der Absatz endet mit den Worten: „...die politische Debatte – im Sinne der Kanzlerin – auf ein modisches Tchibo-Niveau herunterfährt.“, was wiederum durch die sehr blumige Sprache auffällt.

Von hier an schlägt der Artikel komplett in einen Kommentar um. Der Autor vertritt die These, dass der „phallische“ Mittelfinger Steinbrücks nur das passende Pendant zu Merkels sogenannter Raute sei, die in diesem Falle für die Vagina stehe. Der Autor verstrickt sich in seinem Kommentar in Populismus und Provokation.

Der komplette Artikel ist mit Blick auf das nicht eingehaltene Gebot der Objektivität, ein Fehlschlag. Nicht nur, dass der Autor ununterbrochen subjektiv wertet, es herrscht auch keinerlei Meinungsvielfalt innerhalb des Artikels.

### 4.2.3 Artikel 3

Sueddeutsche.de vom 12.09.2013<sup>33</sup>

„Steinbrück zeigt den Stinkefinger“ von Michael König

Ein positives Beispiel in Sachen Objektivität ist der Artikel „Steinbrück zeigt den Stinkefinger“ von König auf Sueddeutsche.de vom 12.09.2013. Der Artikel ist sehr kurz, was aber passiert, wenn man nur Fakten aneinander reiht. Der Autor verzichtet fast vollkommen darauf Meinungen einzubringen, seien es eigenen oder fremde. Somit läuft er auch keine Gefahr, ein Ungleichgewicht entstehen zu lassen.

König beginnt seinen Artikel mit der Erwähnung des Bußgeldes, welches man für den erhobenen Mittelfinger im Straßenverkehr bekommt, ohne dabei eine Wertung vorzunehmen. Daraufhin beschreibt König die Vorgänge um den Skandal.

Wie bereits erwähnt erschien der Artikel im Online-Bereich der Süddeutschen Zeitung. Also in dem Verlag, der auch für das umstrittene Titelblatt des SZ-Magazins verantwortlich war. Es wäre demnach nicht verwunderlich, wenn König der Blattlinie getreu für das Titelblatt Partei ergreifen würde. Allerdings hält sich der Autor mit einer Wertung des Geschehens zurück und liefert einen neutralen Tatsachenbericht.

---

<sup>33</sup> Siehe: Anlage 3

## 5 Fazit

Am Ende bewahrheitet sich oben genannte Zitat Segbers, dass die hundertprozentige Objektivität an der Menschlichkeit scheitert. Der Mensch muss, um sich die Welt um sich herum verständlich zu halten, selektiv wahrnehmen und kann sie deshalb auch nur selektiert wiedergeben. Trotzdem wäre es sicherlich nicht der richtige Schritt, deshalb von vornherein zu sagen, dass es der Versuch nicht wert sei. Schliesslich haben die Medien, gerade die politische Berichterstattung, die wichtige Aufgabe, den Bürgern komplexe Inhalte verständlich zu machen, um sie so zu mündigen Demokraten zu machen, die sich in den machtpolitischen Wirren zurechtfinden. Die einzige Möglichkeit formal objektiv zu sein, bleiben Statistiken und andere Diagramme, sie lassen den Leser selber entscheiden. Inhaltlich können diese jedoch auch leicht verfälscht werden.

Das Internet mit seiner gewaltigen Informationskapazität und seinen zahlreichen Möglichkeiten der Beteiligung, man denke nur an die zahlreichen Mikro-Blogger etc., ist zwar kein großer Schritt in Richtung Objektivität per se, schafft allerdings eine Plattform für eine sich enorm ausdifferenzierende Meinungslandschaft. Der Bürger kann sich in alle Richtungen informieren. Er ist nicht mehr nur auf einige wenige Informationsquellen angewiesen, sondern hat die Möglichkeit sich aus einem riesigen Spektrum genau die Information zu beschaffen, die er braucht, um sich eine fundierte Meinung zu bilden. In einer funktionierenden Demokratie wie Deutschland klingt das vielleicht nicht besonders spektakulär, aber nur so konnte beispielsweise der arabische Frühling stattfinden. Die verschiedenen Diktaturen konnten ihr propagandistisches Informationsmonopol nicht mehr aufrechterhalten und die Menschen erfuhren von Wahrheiten abseits der ihnen vorgesetzten. Gleichzeitig hatten sie durch das Internet nicht nur die Möglichkeit sich zu informieren, sondern sich auch zu einer gewaltigen Protestbewegung zu formieren. Letztlich liegt es am Rezipienten, wie kritisch er mit den Medien umgeht.

Ich persönlich denke nicht, dass hundertprozentige Objektivität möglich ist. Weder jetzt, noch in hundert Jahren. Allerdings finde ich das auch verkraftbar, solange eine gesunde Meinungsvielfalt gewährleistet wird und nur beispielsweise menschenverachtende Inhalte zensiert werden. Gerade im Internet sehe ich großes Potential, was die Darstellung und Förderung der Meinungsvielfalt angeht. So haben totalitäre Regierungen immer größere Schwierigkeiten eine Propagandamaschinerie mittels Internetzensur aufrecht zu erhalten. Das Internet ist ein unkontrollierbares, Grenzen überschreitendes System. Das ist bestimmt nicht in allen Bereichen von Vorteil, aber bietet ein ungeahntes Potential an Informationsdistribution und Meinungsvielfalt.

## Literaturverzeichnis

BÄUERLEIN Heinz: Die Problematik der Objektivität in der Presse-Berichterstattung - (Dissertation am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München), 1956

BENTELE Günter, BROSIUS Hans-Bernd, JARREN Ottfried: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaften, 2013

BUNDESTAG: Biografien, Merkel

[http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/M/merkel\\_angela/258788](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/M/merkel_angela/258788) (Zugriff: 11.07.2014)

BUNDESTAG: Biografien, Steinbrück

[http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/S/steinbrueck\\_peer/259022](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/S/steinbrueck_peer/259022) (Zugriff: 11.07.2014)

BUNDESTAGSWAHLLEITER: Tabelle 1

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/bundesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/) (Zugriff: 17.07.14)

COHEN Bernard C.: The Press and Foreign Policy. Princeton, 1963

CORBEILL Anthony: Nature Embodied: Gesture in Ancient Rome, 2003

DUDEN: <http://www.duden.de/rechtschreibung/bitter> (Zugriff: 19.07.14)

DUDEN: <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Skandal> (Zugriff: 19.07.14)

EICHHORN Wolfgang: Agenda-Setting-Prozesse, 2005

FREVEL Bernhard: Demokratie: Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung, 2009,

GRUNDGESETZ: Art. 39

HERDE Oliver H.: Übersetzung der Gefallenenrede des Perikles

<http://ohher.de/Geschichte/Thuk.2.35-46.htm> (Zugriff: 11.07.2014)

KANT Immanuel: Berlinische Monatsschrift, Band 12, 1784

KORTE Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, 2010.

KORTE Karl-Rudolf, SWITEK Niko: Politikwechsel und Krisenentscheidungen, erschienen in: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 63. Jahrgang · 48–49/2013 · 25. November 2013

LA ROCHE Walter von: Einführung in den Praktischen Journalismus, 2013

MEYER Thomas: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Massenmedien, 2001

NIEDERMAYER Oskar: Das Wahlsystem, 2012

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138728/das-wahlsystem> (Zugriff: 17.07.14)

PEW RESEARCH CENTER: Press Widely Criticized, But Trusted More than Other Information

Sources. <http://www.people-press.org/2011/09/22/press-widely-criticized-but-trusted-more-than-other-institutions/>. 22.9.2011 (letzter Abruf 19.07.14).

PEW RESEARCH CENTER: Further Decline in Credibility Ratings for Most News Organizations.

<http://www.people-press.org/2012/08/16/further-decline-in-credibility-ratings-for-most-news-organizations/>. 16.8.2012 (letzter Abruf 19.07.14).

PRESSEKODEX: Publizistische Grundsätze Fassung vom 13. März 2013

SASSEEN Jane, OLMSTEAD Kenny, MITCHELL Amy: Pew Research Center: Digital: As Mobile Grows Rapidly, the Pressures on News Intensify.

<http://stateofthemedias.org/2013/digital-as-mobile-grows-rapidly-the-pressure-on-news-intensify/> . 2013. (letzter Abruf 19.07.14).

SAXER Ulrich: Publizistik und Politik als interdependente Systeme. Zur politischen Funktionalität der Publizistik, 1981



SAXER Ulrich: Der Forschungsstand der Medienwissenschaft. In: Joachim-Felix Leonhard, Hans-Werner Ludwig, Dietrich Schwarze, Erich Strassner (Hrsg.): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. 1. Teilband. Berlin / New York: de Gruyter, 1999

SEGBERS Michael: Die Ware Nachricht. Wie Nachrichtenagenturen ticken. 2007

TILS Ralf, RASCHKE Joachim: Strategie zählt. Die Bundestagswahl 2013, erschienen in: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 63. Jahrgang · 48–49/2013 · 25. November 2013

## Anlagen

Anlage 1:	Die Welt vom 14.09.13, Seite 4 Politik	16
Anlage 2:	Taz vom 14.09.2013, Seite 07	19
Anlage 3:	Sueddeutsche.de vom 12.09.2013	21

**Anlage 1:** Die Welt vom 14.09.13, Seite 4 Politik

## „Die Bittere Rückkehr von Pannen-Peer“

von Kristian Frigelj und Daniel Friedrich Sturm

Peer Steinbrück sitzt vor einigen Hundert Gymnasiasten in der Aula und erzählt von seiner Einschulung. „Ich kann mich noch an meinen ersten Schultag erinnern, und zwar deshalb, weil meine Mutter und meine Großmutter mich begleiteten; und ich kann mich an eine Schultüte erinnern, weil dort das erste Micky Maus-Heft drin war, das ich je bekommen habe“, plaudert der SPD-Kanzlerkandidat. Die Schüler des Otto-Hahn-Gymnasiums in Monheim lachen und applaudieren.

Steinbrück und seine Mitbewerber im Wahlkreis 104 (Mettmann I) sind zur Fragestunde gekommen, und er verlegt einen unerwartet entspannten Termin. Einen Tag zuvor wurde sein Bild mit dem gestreckten Mittelfinger aus dem Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ bekannt. Aber hier bei der Podiumsdiskussion spielt es keine Rolle. Einige Schüler haben das Bild noch nicht einmal gesehen. Steinbrück verlegt gemütliche 90 Minuten in der Aula, begründet Steuererhöhungen und spricht sich dafür aus, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Immer wieder brandet Applaus auf.

Kein Schüler fragt, warum Steinbrück den Mittelfinger gezeigt hat, weder der Moderator noch die anderen Wahlkreis-Kandidaten. „Ich habe mich bewusst dagegen entschieden, das anzusprechen, sonst hätte es die üblichen Rituale vor den Schülern gegeben. Gerade junge Menschen sollten über politische Themen sprechen“, sagt FDP-Kandidat Moritz Körner später. Zwei Zehntklässler kennen das Foto auch. „Es wirkt schon komisch, wenn ein Spitzenpolitiker so etwas macht. Finde ich nicht gut“, sagt einer. Auch im Lehrerzimmer wurde darüber gesprochen, es hätten alle schlecht gefunden, erzählt ein Lehrer. Ehe man Steinbrück selbst fragen kann, ist er schon wieder weg, zum nächsten Termin. CDU-Konkurrentin Michaela Noll steht in einer Traube von Schülern und meint: „Meinen Kindern sage ich, so etwas geht gar nicht, und ausgerechnet der Kanzlerkandidat macht das. Dazu fällt einem nichts mehr ein. Ich verstehe es einfach nicht.“

Die SPD-Wahlkämpfer sind da naturgemäß zurückhaltender so kurz vor dem magischen 22. September. Abwinken und Augenverdrehen – das ist die häufigste Form der Kritik, die sich viele Sozialdemokraten erlauben. Man spielt: „Sagen Sie jetzt nichts.“ Unter eben diesem Motto hatte das Magazin mit dem SPD-Kanzlerkandidaten das „Interview ohne Worte“ geführt. Die Kollegen tun das jede Woche, haben aber selten so viel Aufsehen erregt wie mit Steinbrücks Mittelfinger. Es war seine Antwort auf die Frage: „Pannen-Peer, Problem-Peer, Peerlusconi – um nette Spitznamen müssen Sie sich keine Sorgen machen, oder?“

Christian Ude, der SPD-Spitzenkandidat in Bayern, wo am Sonntag der Landtag gewählt wird, verteidigt Steinbrück am Freitagmorgen. „Es war sicherlich risikofreudig. Aber ich kann diese

scheinheilige Entrüstung nicht verstehen“, sagt Ude im Bayerischen Rundfunk: „Es sind dieselben Medien, die jetzt die tugendhafte Gouvernante spielen, die ihn vor selber sogar monatelang angepöbelt haben. Und er wurde von einem Medium gebeten, nur körpersprachlich auf die Pöbeleien zu antworten, das hat er getan. Ich finde, so viel klare Kante muss schon sein dürfen.“

Kritisch äußert sich SPD-Vorstandsmitglied Ralf Stegner. Aufgeregtheiten über Interviews, Fotos oder Personalspekulationen behinderten nur die „Kampfkraft“ in der heißen Wahlkampfphase, sagt er „Handelsblatt Online“. Tobias Andrä, Jusochef im Erzgebirge, geht noch weiter und spricht – frei nach Steinbrück – Klartext. „Peer Steinbrück sollte wissen, was er mit dieser Geste für einen Flurschaden anrichtet“, sagt Andrä der „Welt“. Er mahne bei seinem Kanzlerkandidaten „ein solidarisches Verhalten an gegenüber Parteifreunden und Kollegen, die sich für ihn seit Wochen die Hacken wundrennen“. Solidarität sei keine Einbahnstraße. „Soll es am Ende eine Entscheidung zwischen Raute und Stinkefinger geben?“, fragt der Juso.

Nun also ist er wieder da, der Pannen- Peer, mitten in einem guten Lauf, während die Umfragewerte der SPD steigen und die eigenen Leute Zulauf verspüren. Es ist ein echter Steinbrück, der in Erinnerung ruft: Dieser Mann kennt zwar die Regeln des politischen Geschäfts, missachtet sie aber. Eben erst ist es ihm gelungen, Themen in den Vordergrund zu stellen, nun provoziert er wieder die von ihm so gehasste Debatte über Nebensächlichkeiten. Steinbrück verteidigt noch am Donnerstagabend seine Geste. „Da werden einem Fragen gestellt, die man übersetzt in Gebärden, in Grimassen, in Emotionen“, sagt er am Rande einer SPD-Kundgebung in München: „Das schauspielert man dann. Und ich hoffe, dass die Republik auch den Humor hat, dann diese Grimassen und diese Gebärdensprache, bezogen auf die Fragen, richtig zu verstehen.“

Politiker aller anderen Bundestagsparteien indes zeigen sich entsetzt. „Die Bürger können sich nun erneut ein Bild vom Kandidaten machen. Mehr ist dazu nicht zu sagen“, sagt Unionsfraktionschef Volker Kauder der „Welt“. Grünen- Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt deutet die Geste als Steinbrücks nonverbale Art, Klartext zu sprechen. Sie fügt hinzu: „Meine Form wäre das nicht.“ Man wisse nicht ganz so genau, wem Steinbrück den Finger zeige. Sie fühle sich aber persönlich nicht angesprochen. Dabei kann sich die SPD derzeit steigender Umfragewerte erfreuen. In der aktuellen Sonntagsfrage für die ARD-„Tagesthemen“ gewinnt die SPD als einzige Partei hinzu, nämlich einen Prozentpunkt. Sie liegt nunmehr bei 28 Prozent.

Die Union wird auf 40 Prozent (minus eins) taxiert. Mit der FDP (fünf Prozent) würde es so nicht mehr für die Fortsetzung der Koalition reichen. Die Grünen stagnieren bei zehn Prozent, die Linke bei acht. In der SPD wird damit gerechnet, dass die FDP bei der bayerischen Landtagswahl an diesem Sonntag den Sprung in den Landtag verpasst – und dann um Stimmen von Unionsanhängern wirbt. Mit dem Einzug der FDP in den Bundestag wird gerechnet. Aber die Union werde deutlich unter 40 Prozent holen, hofft man. So könnte es für eine große Koalition reichen.

Steinbrück will nach „Welt“-Informationen sogar an möglichen Sondierungsgesprächen und Verhandlungen teilnehmen. So hatte es nach der Wahl 2005 der amtierende Kanzler Gerhard Schröder (SPD) getan. Schröder hatte gar einen gewissen Einfluss auf die Ressortbesetzung

im Kabinett seiner Nachfolgerin Angela Merkel (CDU). Nicht jeder in der SPD ist angetan, von der Vorstellung, dass Steinbrück nach der Wahl kräftig mitmischt, um sich dann doch zurückziehen. „Ich sehe Steinbrück nicht in den Verhandlungen“, ist da zu hören. Außerdem wäre dann noch zu klären, wer die Gespräche führt, ob Parteichef Sigmar Gabriel oder eben Steinbrück. Der ist im Wahlkampf die „Nummer eins“ der SPD. Aber gilt das auch noch nach dem 22. September, 18 Uhr? Zweifel sind angebracht. Zumal der Kandidat ausgeschlossen hat, noch mal Minister einer großen Koalition zu werden.

Vor der bayerischen Landtagswahl dämpft die SPD die Erwartungen. Einige fürchten ein noch schlechteres Ergebnis als vor fünf Jahren. Damals erlebte die SPD mit 18,6 Prozent ein Debakel. Ein neuerliches „Projekt 18“ wäre eine Woche vor der Bundestagswahl bitter. Entsprechend bescheiden gibt man sich. Ein Stimmenanteil von über 20 Prozent sei ein „Achtungserfolg“. Mitarbeit Peter Issig

**Anlage 2:** Taz vom 14.09.2013, Seite 07**„Steinbrücks Klartext“**

von Arno Frank

**Der Stinkefinger des SPD-Kanzlerkandidaten ist kein Skandal, sondern der einzig denkbare Gegenentwurf zu Merkels Raute**

Der Wahlkampf 2013 hat seit Freitag ein überraschendes neues Thema. Gesetzt hat dieses Thema Peer Steinbrück in der aktuellen Ausgabe des SZ-Magazins. Für die schöne Rubrik „Sagen Sie jetzt nichts“, ein Interview ohne Worte, wurde der SPD-Kanzlerkandidat gefragt: „Pannen-Peer, Problem-Peer, Peerlusconi – um nette Spitznamen müssen Sie sich keine Sorgen machen, oder?“ Steinbrück, der bis dahin augenscheinlich abwehrend die Arme verschränkt hatte, hob die Rechte zum sogenannten „Stinkefinger“. Ein spontanes „Fuck you!“ also und so dynamisch, dass die Bewegung noch zu erahnen, die Hand auf dem Foto nur leicht unscharf zu sehen ist.

Die Geste korrespondiert nicht nur mit seinem Gesichtsausdruck – der Blick angriffslustig, der Mund halb geöffnet, die Zunge scheinbar drauf und dran, ein „Leck mich!“ zu formulieren. Sie korrespondiert, als gestische Entsprechung, auch mit Steinbrücks Hang zum „Klartext“. Der brauche „nicht immer Worte“, wie der Kandidat sogleich twitterte. Steinbrück hatte den Abdruck des Bildes selbst abgesegnet: „Das ist okay so.“ Es handelt sich also um eine gezielte Provokation. Wir wollten doch einen polarisierenden Wahlkampf mit starken Symbolen und harten Bandagen, oder? Hier haben wir ihn, es war hohe Zeit.

Nun bleibt die Geste obszön, auch wenn sie ironisch gemeint gewesen sein mag. Schon in der Antike kannte man den „schamlosen Finger“ (digitus impudicus), in Deutschland hat er sich erst in den sechziger Jahren durchgesetzt. Im Straßenverkehr kann er bis zu 4.000 Euro, in der Firma sogar den Job kosten. Zugleich aber legt § 199 StGB fest: „Wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird, so kann der Richter beide Beleidiger oder einen derselben für straffrei erklären.“ So gesehen, käme Steinbrück ungeschoren davon.

Umso interessanter, wer sich jetzt plötzlich alles an seine angeblich so gute Kinderstube erinnert. Nicht nur in den als „soziale Medien“ getarnten Durchlauferhitzern öffentlicher Empörung. Auch in der FDP, deren Chef Philipp Rösler weiß: „So etwas geht nicht.“ Laut einer Umfrage von Bild finden ihre Leser die Aktion mehrheitlich „nicht klug“. Leser derselben Zeitung, wohlge-merkt, die seit Tagen begeistert mit der von Angela Merkel im TV-Duell getragenen „Deutschlandkette“ herumspielt und damit die politische Debatte – im Sinne der Kanzlerin – auf ein modisches Tchibo-Niveau herunterfährt.

Das Schwesterblatt Welt schreibt vergnügt: „Mit dem Stinkefinger indes lädt Steinbrück zur von ihm so wenig geschätzten Vergabe von 'Haltungsnoten' ein.“ Womit, „indes“, der Rückfall ins bürgerliche Biedermeier der bigotten fünfziger Jahre vollendet wäre. Dazu fügt sich die reflex-

hafte Kritik von linksfeministischer Seite, beim Stinkefinger handele es sich um ein machohaftes „Phallussymbol“ – weswegen sich Frauen dieser Geste bekanntlich niemals bedienen würden, nicht wahr?

Wenn nun aber Steinbrück sein volkstümlicher Finger als aggressiv penetrierender Phallus ausgelegt werden darf, dann steht einer Interpretation von Angela Merkels berüchtigter „Raute“ als Vagina nichts mehr im Wege. Die klafft auf einem Plakat von 2.400 Quadratmetern über dem Berliner Hauptbahnhof und „verkörpert unsere Wahlaussage“, wie CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte.

In der Heraldik wird die Raute auch als „Damenschild“ bezeichnet. In den Händen von Angela „Sie kennen mich“ Merkel wurde aus einer Verlegenheitsgeste ein Sinnbild für Ruhe, Gleichmut, mithin: Passivität. Damit steht es für das „Weiter so!“, gegen das Steinbrück und seine SPD antreten. Mag sein, dass den Kandidaten diese Geste nicht präsidial macht. Es könnte aber sein, dass sie ihn „kanzlerabel“ macht – bei allen Menschen, die den Mehltau von „Muttis“ einlullend-präsidialen Regierungsstil noch nicht vollends verinnerlicht haben. Steinbrücks Stinkefinger ist kein Skandal. Sondern der einzig denkbare Gegenentwurf zur Merkel'schen Raute.

**Anlage 3:** Sueddeutsche.de vom 12.09.2013**„Steinbrück zeigt den Stinkefinger“**

von Michael König

**Der Mittelfinger hat nicht erst seit Stefan Effenberg einen schlechten Ruf. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zeigt ihn trotzdem im Foto-Interview mit dem SZ-Magazin - und landet damit auf dem Titel. Wie es dazu kam und was sein Sprecher dazu sagt.**

Im Straßenverkehr wäre Peer Steinbrück jetzt 600 bis 4000 Euro los. Geldstrafe wegen Beleidigung. Auf dem Titel eines Magazins ist die Geste hingegen erlaubt, wenn auch ungewöhnlich: SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück begrüßt die Leser des SZ-Magazins, das am morgigen Freitag erscheint, mit ausgestrecktem Mittelfinger.

Und das kam so: Steinbrück stand für ein "Sagen Sie jetzt nichts"-Interview vor der Kamera, also für ein Interview ohne Worte. Viele, viele Prominente und Politiker haben das schon getan, manche mit mehr, andere mit weniger Vorbereitung. Steinbrück war nach Auskunft der Magazin-Kollegen sehr spontan, er habe meist sofort geantwortet.

Bei einer Frage reagierte er für den Geschmack seines Sprechers Rolf Kleine, ehemals Journalist bei der Bild, "etwas zu spontan". Die Frage lautete: "Pannen-Peer, Problem-Peer, Peerlusconi - um nette Spitznamen müssen Sie sich keine Sorgen machen, oder?"



## Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

---

Ort, den TT. Monat JJJJ

Vorname Nachname